

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/206290]

**22. DEZEMBER 2022 — Erlass der Regierung zur Ausführung von Titel 5.1 des Dekrets
vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Aufgrund des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen, Artikel 137.2 Absatz 2, 137.3 § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 3 sowie 137.4 § 1 Absatz 3, § 2 Absatz 2 und § 3 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 20. Dezember 2022;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 19. Dezember 2022;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass das Projekt für den flächendeckenden Ausbau einer passiven FTTH-Infrastruktur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilweise aus der Aufbau- und Resilienz-fazilität der Europäischen Union finanziert wird; dass eine Bedingung zum Erhalt dieser europäischen Mittel die Beendigung der Ausbauarbeiten bis spätestens zum 31. Dezember 2026 ist; dass die Arbeiten zum Ausbau der passiven FTTH-Infrastruktur somit unmittelbar zu Beginn des Jahres 2023 starten müssen, um den europäischen Vorgaben entsprechen zu können; dass eine frühere Verabschiedung des Erlasses aufgrund der bis zuletzt fehlenden dekretalen Grundlage, welche erst am 15. Dezember 2022 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet wurde, nicht möglich war; dass ein Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses jedoch noch im laufenden Haushaltsjahr vonnöten ist, sodass seine Verabschiedung keinen Aufschub mehr duldet;

In der Erwägung, dass zur Vermeidung einer digitalen Fragmentierung innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) gemäß Artikel 137.1 Nummer 2 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen darauf abzielt, alle Adressen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzuschließen, für die es keinen Nachweis für ein bestehendes Netz mit sehr hoher Geschwindigkeit und keinen Nachweis für eine privatwirtschaftlich motivierte Absicht gibt, innerhalb der nächsten drei Jahren ein Netz mit sehr hoher Geschwindigkeit zu errichten;

In der Erwägung, dass auf Grundlage einer Markterkundung, die auf den Bestimmungen der BERC Guidelines on Geographical surveys of network deployments (BoR (20) 42) vom 5. März 2020 und der BERC Guidelines on Very High Capacity Networks (BoR (20) 165) vom 1. Oktober 2020 basierte, alle Adressen ermittelt wurden, für die bereits ein Netz mit sehr hoher Geschwindigkeit besteht oder eine privatwirtschaftlich motivierte Absicht für die Errichtung eines Netzes mit sehr hoher Geschwindigkeit in den nächsten drei Jahren vorliegt;

In der Erwägung, dass die DAWI demzufolge alle Adressen umfasst, die nicht in der erwähnten Markterhebung genannt wurden;

In der Erwägung, dass die Bedingungen der Beauftragung, die in Artikel 137.3 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen festgelegt sind, gewährleisten, dass die Ausgleichszahlungen an den mit der Erbringung der DAWI beauftragten Leistungserbringer keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV darstellen, wie er vom Gerichtshof der Europäischen Union im Altmark-Urteil vom 24. Juli 2003 und in der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Anwendung der EU-Beihilfenvorschriften auf Ausgleichszahlungen für öffentliche Dienstleistungen interpretiert wird;

In der Erwägung, dass, auch wenn eines der im Altmark-Urteil genannten Kriterien nicht erfüllt wäre, die für die Erbringung einer DAWI gewährten Ausgleichszahlungen mit Artikel 107 Absatz 1 AEUV vereinbar sind, wenn sie die im Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, festgelegten Bedingungen erfüllen;

In der Erwägung, dass, wenn der Betrauungszeitraum 10 Jahre überschreitet, dieser Beschluss insofern gilt, als dass vom Leistungserbringer eine erhebliche Investition erforderlich ist, die gemäß den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen über einen längeren Zeitraum abgeschrieben werden muss, wie dies bei der in den Artikeln 137.2 und 137.3 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen festgelegten DAWI der Fall ist; dass in Anbetracht der Zeit, die für den Netzausbau und die Amortisierung durch den Erbringer der Dienstleistung erforderlich ist, die in Artikel 137.3 § 1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen vorgesehene Dauer von 34 Jahren gerechtfertigt ist;

In der Erwägung, dass nach dem Altmark-Urteil und insbesondere nach dessen viertem Kriterium, das sich auf die Effizienz bezieht, die Höhe des erforderlichen Ausgleichs auf der Grundlage einer Analyse der Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten und mit angemessenen Mitteln ausgestatteten Unternehmens zu bestimmen ist; dass Artikel 137 § 1 Nummer 7 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen verlangt, dass der Business Plan, der dem Ausbau des FTTH-Netzes zugrunde liegt und auf dessen Grundlage die Höhe des erforderlichen Ausgleichs bestimmt wird, auf den Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens basiert sowie von einem externen Sachverständigen bestätigt wurde und die Kosten für die Erfüllung der Verpflichtung zur Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der dadurch erzielten Einnahmen und eines angemessenen Gewinns nicht überschreitet;

In der Erwägung, dass in diesem Zusammenhang von der Regierung ein externes Sachverständigengutachten eingeholt wurde, das belegt, dass der Business Plan des Dienstleisters den Erwartungen an ein effizientes Unternehmen im Sinne des vierten Kriteriums des Altmark-Urteils entspricht;

In der Erwägung, dass die Anforderung dadurch erfüllt wird, dass eine geeignete Berechnungsmethode zur Ermittlung der Höhe des Ausgleichs für die DAWI angewandt wird, insbesondere in Bezug auf die Dauer der Netto-Barwertberechnung, den Anteil des Residualwerts und den verwendeten Diskontierungssatz;

In der Erwägung, dass die Kombination aus einer Vorausschätzung der Kosten für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben für die Dauer der Investition, die 34 Jahre nicht überschreiten darf, und einem Ex-post-Kontroll- und Überprüfungsmechanismus gewährleisten kann, dass der endgültige Zuschussbetrag nur auf den Betrag begrenzt ist, der für die Erbringung der DAWI erforderlich ist.

Auf Vorschlag des Ministers für Medien;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich der in Artikel 137.2 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen, hiernach "Dekret" genannt, erwähnten Dienstleistung von Allgemeinem Wirtschaftlichem Interesse, hiernach "DAWI" genannt, entspricht dem gesamten deutschen Sprachgebiet, mit Ausnahme der im Anhang aufgeführten Gebiete.

Art. 2 - Beauftragter Leistungserbringer

Der mit der Erbringung der in Artikel 1 erwähnten DAWI beauftragte Leistungserbringer ist Glasfaser Ostbelgien srl.

Art. 3 - Dauer der Beauftragung

Die Beauftragung beginnt am 23. Dezember 2022 und hat eine Laufzeit von höchstens 34 Jahren.

Art. 4 - Berechnung der Ausgleichszahlungen

Die Regierung gewährt dem Leistungserbringer eine Ausgleichszahlung gemäß Artikel 137.4 des Dekrets, die während der ersten drei Jahre der Erbringung der DAWI ausgezahlt wird.

Der Gesamtbetrag der Ausgleichszahlungen entspricht dem Betrag, der basierend auf dem in Artikel 137.3 § 1 Absatz 2 Nummer 7 des Dekrets erwähnten Business Case als erforderlich ermittelt worden ist, damit der geschätzte Netto-Barwert der an die Eigentümer zurückfließenden Cashflows, einschließlich der geleisteten Ausgleichszahlungen, bei einer Diskontierung auf das Jahr 2022 einen Wert von Null ergibt.

Die Berechnung der Ausgleichszahlungen beruht auf den folgenden Parametern und Annahmen:

1. eine angemessene Eigenkapitalrendite von 8,05% ;
2. ein Endwert, der mit 22,3% der Ausbau- und Anschlussinvestitionen (CAPEX) während der Laufzeit der DAWI berechnet und im ursprünglichen Business Case mit 35.323.879 Euro angenommen wurde; und
3. die Annahme, dass die Investitionen zur Erschließung neuer Haushalte und Unternehmensstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (CAPEX) während der Dauer der DAWI fortgesetzt werden.

Gemäß Artikel 137.4 § 1 Absatz 2 des Dekrets erhält der Leistungserbringer für die Erbringung dieser DAWI für die gesamte Laufzeit der DAWI eine Ausgleichszahlung von maximal 40 Millionen Euro. Eine erste Ausgleichszahlung in Höhe von 15 Millionen Euro wird vor dem 31. Dezember 2022 an den Leistungserbringer ausgezahlt, der den Betrag jedoch erst verwenden darf, nachdem die Europäische Kommission die Gründung der Glasfaser Ostbelgien srl gemäß den geltenden Wettbewerbsregeln genehmigt hat.

Art. 5 - Claw-Back Mechanismus

§ 1 - Die Höhe der gesamten Ausgleichszahlung, die dem Leistungserbringer für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gewährt wird, darf nicht über das hinausgehen, was zur Deckung der Nettokosten für die Erbringung der DAWI, einschließlich eines angemessenen Gewinns, erforderlich ist.

Die Höhe einer eventuellen Überkompensation wird nach der folgenden Methode berechnet: Ausgangspunkt ist der Netto-Barwert der tatsächlichen Zahlungsströme über den Zeitraum der Beauftragung, einschließlich der geleisteten Ausgleichszahlungen. Als Endwert wird ein Anteil von 22,3% der im Zeitraum der Beauftragung getätigten Investitionen (CAPEX) in den Netzausbau und den Anschluss bestehender und neuer Haushalte und Unternehmensstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft berücksichtigt. Die Cashflows werden mit einer angemessenen Eigenkapitalrendite von 8,05% auf das Jahr 2022 diskontiert.

§ 2 - Als Anreiz für einen effizienten Geschäftsbetrieb und aufgrund seiner eigenen finanziellen Investitionen in den Ausbau des FTTH-Netzes und dessen Betrieb kann der Leistungserbringer die ersten 10 Millionen Euro der in Artikel 3 vorgesehenen Ausgleichszahlung für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen behalten. Von allen darüber hinaus ermittelten Überschüssen werden 50% an die Deutschsprachige Gemeinschaft zurückerstattet. Die verbleibenden 50% können ebenfalls vom Leistungserbringer behalten werden.

Für den Claw-Back Mechanismus wird dementsprechend die folgende Berechnungsformel verwendet: Rückforderungsbetrag = 50% (Netto-Barwert [ex post unter Berücksichtigung der geleisteten Ausgleichszahlungen] bei einem Eigenkapitalertrag von 8,05% - 10 Millionen Euro).

§ 3 - Der an die Deutschsprachige Gemeinschaft als Überkompensation zu erstattende Betrag ist in jedem Fall auf den Wert der Ausgleichszahlung begrenzt.

Art. 6 - Überwachung des Ausgleichs für die Erbringung der DAWI

§ 1 - Gemäß Artikel 137.3 § 1 Absatz 1 Nummer 10 des Dekrets werden in der internen Buchführung des Leistungserbringers die Kosten und Einnahmen im Zusammenhang mit der DAWI und den Dienstleistungen, die in den im Anhang definierten Bereichen erbracht werden, sowie die Parameter für die Aufteilung der Kosten und Einnahmen getrennt ausgewiesen. Die Kosten im Zusammenhang mit Tätigkeiten außerhalb des in Artikel 1 definierten Bereichs der DAWI müssen alle direkten Kosten, einen angemessenen Beitrag zu den gemeinsamen Kosten und eine angemessene Kapitalrendite abdecken.

§ 2 - Der Leistungserbringer legt der Regierung oder einem von ihr beauftragten Dritten mindestens alle drei Jahre und nach Ablauf der DAWI die interne Buchführung und die entsprechenden detaillierten Aufzeichnungen über die DAWI vor. Anhand dieser Aufzeichnungen kann die Regierung oder ein von ihr beauftragter Dritter überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erbringung der DAWI erfüllt sind. Im Rahmen dieser Aufzeichnungen sind Abweichungen vom Business Plan ausdrücklich zu benennen, zu dokumentieren und zu begründen.

Der Minister für Medien kann die Form dieser detaillierten Aufzeichnungen festlegen.

Art. 7 - Kontrolle

Die Regierung kann jederzeit die Erfüllung der im Dekret und der im vorliegenden Erlass vorgesehenen Bestimmungen gemäß Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen überprüfen lassen.

Art. 8 - Rückforderung

Nach Artikel 13 Absatz 1 desselben Gesetzes fordert die Regierung gewährte Auszahlungen zurück, wenn:

1. die Bedingungen für die Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen nicht erfüllt worden sind;
2. Ausgleichszahlungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zweckentfremdet worden sind;
3. die in diesem Erlass vorgesehene Kontrolle beeinträchtigt oder verhindert worden ist.

Gemäß Artikel 13 Absatz 2 desselben Gesetzes zahlt der Empfänger der Ausgleichszahlung für öffentliche Dienstleistungen, der die zweckmäßige Verwendung der Ausgleichszahlung für öffentliche Dienstleistungen gemäß Artikel 11 desselben Gesetzes nicht rechtfertigen kann, den nicht gerechtfertigten Teil zurück.

Art. 9 - Verfügbarkeit der Informationen

Die Regierung bewahrt während der Dauer der Beauftragung mit der Erbringung der DAWI und für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach Beendigung der Beauftragung alle Informationen auf, die für die DAWI und ihre Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht von Bedeutung sind.

Art. 10 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 11 - Durchführungsbestimmung

Der Minister für Medien wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 22. Dezember 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. Paasch

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

ANHANG

Liste der Adressen, für die bereits ein Netz mit sehr hoher Geschwindigkeit besteht oder eine privatwirtschaftlich motivierte Absicht für die Errichtung eines Netzes mit sehr hoher Geschwindigkeit in den nächsten drei Jahren vorliegt

[siehe beigefügte Datei]

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Ausführung von Titel 5.1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen beigefügt zu werden.

Eupen, den 22. Dezember 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. Paasch

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/206290]

22 DECEMBRE 2022. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du Titre 5.1 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, les articles 137.2, alinéa 2, 137.3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 3, ainsi que 137.4, § 1^{er}, alinéa 3, § 2, alinéa 2, et § 3, alinéa 2, insérés par le décret du 15 décembre 2022;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 20 décembre 2022;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 19 décembre 2022;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le projet de déploiement généralisé d'une infrastructure FTTH passive en Communauté germanophone est en partie financé par la Facilité pour la reprise et la résilience de l'Union européenne; que l'achèvement des travaux de déploiement au plus tard jusqu'au 31 décembre 2026 est une condition nécessaire pour bénéficier de ces fonds européens; que les travaux de déploiement de l'infrastructure FTTH passive doivent ainsi commencer dès le début de l'année 2023 pour pouvoir répondre aux exigences européennes; qu'une adoption plus rapide de l'arrêté en vertu de la base décrétable jusqu'alors manquante, laquelle n'a été adoptée que le 15 décembre 2022 au Parlement de la Communauté germanophone, n'a pas été possible; qu'il est cependant nécessaire que le présent arrêté entre en vigueur dans le courant de l'année budgétaire en cours, de sorte que son adoption ne souffre plus aucun délai;

Considérant que, pour éviter une fragmentation numérique au sein de la Communauté germanophone, le service d'intérêt économique général (SIEG), tel que défini à l'article 137.1, 2^o, du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, a pour objet de raccorder toutes les adresses de la Communauté germanophone pour lesquelles il n'existe aucune preuve de l'existence d'un réseau à très haut débit et aucune preuve d'une intention motivée par le secteur privé de mettre en place un réseau à très haut débit dans les trois prochaines années;

Considérant qu'en vertu d'une étude de marché fondée sur les dispositions des lignes directrices de l'ORECE relatives au relevé géographique des déploiements des réseaux (« BEREC Guidelines on Geographical surveys of network deployments », document BoR (20) 42) du 5 mars 2020 et des lignes directrices de l'ORECE concernant les réseaux à très haute capacité (« BEREC Guidelines on Very High Capacity Networks », document BoR (20) 165) du 1^{er} octobre 2020, toutes les adresses pour lesquelles il existe déjà un réseau à très haut débit ou une intention motivée par le secteur privé de mettre en place un réseau à très haut débit dans les trois prochaines années ont été identifiées;

Considérant que le SIEG englobe par conséquent toutes les adresses qui ne figurent pas dans l'étude de marché mentionnée;

Considérant que les conditions d'attribution du mandat fixées à l'article 137.3 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques garantissent que les compensations versées au prestataire de services chargé de fournir le SIEG ne constituent pas une aide d'État au sens de l'article 107, alinéa 1^{er}, du TFUE, comme interprété par la Cour de justice de l'Union européenne dans l'arrêt Altmark du 24 juillet 2003 et dans la communication de la Commission européenne relative à l'application des règles de l'Union européenne en matière d'aides d'État aux compensations de service public;

Considérant que, même si l'un des critères cités dans l'arrêt Altmark n'est pas rempli, les compensations octroyées pour la fourniture d'un SIEG sont compatibles avec l'article 107, alinéa 1^{er}, du TFUE si elles remplissent les conditions fixées dans la décision de la Commission du 20 décembre 2011 relative à l'application de l'article 106, paragraphe 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne aux aides d'État sous forme de compensations de service public octroyées à certaines entreprises chargées de la gestion de services d'intérêt économique général;

Considérant que, si la durée du mandat est supérieure à dix ans, cette décision s'applique dans la mesure où le prestataire de services doit réaliser un investissement important devant être amorti sur une longue période conformément aux principes comptables généralement reconnus, comme c'est le cas dans le SIEG fixé aux articles 137.2 et 137.3 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques; que, compte tenu de la durée nécessaire au déploiement du réseau et à l'amortissement devant être réalisé par le prestataire de services, la durée de trente-quatre ans prévue à l'article 137.3, § 1^{er}, du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques est justifiée;

Considérant que, selon l'arrêt Altmark et en particulier selon son quatrième critère relatif à l'efficacité, le niveau de la compensation nécessaire doit être déterminé sur la base d'une analyse des coûts d'une entreprise moyenne, bien gérée et adéquatement équipée; que l'article 137, § 1^{er}, 7^o, du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques exige que le *business plan*, sur lequel se fonde le déploiement du réseau FTTH et permettant de déterminer le niveau de la compensation nécessaire, se base sur les coûts d'une entreprise moyenne bien gérée, ait été validé par un expert externe et ne dépasse pas les coûts liés à l'exécution des obligations de service public, en tenant compte des recettes y relatives et d'un bénéfice raisonnable;

Considérant que, dans ce contexte, le Gouvernement a demandé un avis d'experts externe apportant la preuve que le *business plan* du prestataire de services satisfait à ce qu'il faut attendre d'une entreprise efficace au sens du quatrième critère de l'arrêt Altmark;

Considérant que cette exigence est satisfaite par l'application d'une méthode de calcul appropriée servant à déterminer le niveau de la compensation pour le SIEG, notamment en ce qui concerne la période de calcul de la valeur actuelle nette, la part de la valeur résiduelle et le taux d'actualisation utilisé;

Considérant que la combinaison d'une estimation prévisionnelle des coûts d'accomplissement des missions de service public pour la durée de l'investissement, qui ne peut excéder trente-quatre ans, et d'un mécanisme de contrôle ex-post et de révision peut garantir que le montant final du subside ne sera limité qu'au montant nécessaire pour fournir le SIEG.

Sur la proposition du Ministre des Médias;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Champ d'application

Le champ d'application du service d'intérêt économique général, ci-après dénommé « SIEG », mentionné à l'article 137.2 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques, ci-après dénommé « décret », couvre l'ensemble de la région de langue allemande, à l'exception des territoires mentionnés en annexe.

Art. 2. Prestataire de services mandaté

Le prestataire de services chargé de fournir le SIEG mentionné à l'article 1^{er} est Glasfaser Ostbelgien srl.

Art. 3. Durée du mandat

Le mandat prend effet le 23 décembre 2022 et a une durée de validité de trente-quatre ans maximum.

Art. 4. Calcul des compensations

Le Gouvernement octroie au prestataire de services une compensation, telle que visée à l'article 137.4 du décret, qui est versée au cours des trois premières années de fourniture du SIEG.

Le montant total des compensations correspond au montant qui a été jugé nécessaire sur la base du *business case* mentionné à l'article 137.3, § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, du décret pour que la valeur actuelle nette estimée des flux de trésorerie revenant aux propriétaires, en ce compris les compensations versées, soit égale à zéro lorsqu'elle est actualisée à l'année 2022.

Le calcul des compensations repose sur les hypothèses et paramètres suivants :

- 1^o un rendement approprié des capitaux propres de 8,05% ;
- 2^o une valeur finale calculée à 22,3% des investissements de déploiement et de raccordement (CAPEX) pendant la durée du SIEG et supposée, dans le *business case* initial, à 35 323 879 euros; et
- 3^o l'hypothèse selon laquelle les investissements visant le raccordement de nouveaux ménages et sites d'entreprises en Communauté germanophone (CAPEX) seront poursuivis pendant la durée du SIEG.

Conformément à l'article 137.4, § 1^{er}, alinéa 2, du décret, le prestataire de services reçoit, pour fournir ce SIEG et pour toute la durée du SIEG, une compensation de 40 millions d'euros maximum. Une première tranche de 15 millions d'euros est versée avant le 31 décembre 2022 au prestataire de services qui ne peut cependant utiliser la somme versée qu'après que la Commission européenne a autorisé la création de la société Glasfaser Ostbelgien srl conformément aux règles de concurrence applicables.

Art. 5. Mécanisme de récupération (clawback en anglais)

§ 1^{er} - Le niveau de la compensation totale octroyée au prestataire de services pour fournir des prestations de service public ne peut pas dépasser ce qui est nécessaire pour couvrir les coûts nets inhérents à la fourniture du SIEG, en ce compris un bénéfice raisonnable.

Le niveau d'une éventuelle surcompensation est calculé selon la méthode suivante : le point de départ est la valeur actuelle nette des flux de trésorerie effectifs sur la période de mandat, en ce compris les compensations versées. Pour la valeur finale, il est tenu compte d'une part de 22,3% des investissements (CAPEX) réalisés pendant la période du mandat pour le déploiement du réseau et le raccordement de ménages et de sites d'entreprises existants et nouveaux en Communauté germanophone. Les flux de trésorerie sont actualisés à l'année 2022 avec un rendement approprié des capitaux propres de 8,05%.

§ 2 - Pour inciter à une exploitation efficace et du fait de ses propres investissements financiers dans le déploiement du réseau FTTH et son exploitation, le prestataire de services peut conserver les 10 premiers millions d'euros de la compensation de service public prévue à l'article 3. Sur tous les excédents dépassant ce montant, 50% sont restitués à la Communauté germanophone. Les 50% restants peuvent également être conservés par le prestataire de services.

Pour le mécanisme de récupération, la formule de calcul suivante est donc utilisée : montant à récupérer = 50%

* (valeur actuelle nette [ex post en tenant compte des compensations versées] avec un rendement des capitaux propres de 8,05% - 10 millions d'euros).

§ 3 - Le montant à restituer à la Communauté germanophone au titre de la surcompensation est, dans tous les cas, limité à la valeur de la compensation.

Art. 6. Suivi de la compensation versée pour la fourniture du SIEG

§ 1^{er} - Conformément à l'article 137.3, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 10^o, du décret, les coûts et les recettes liés au SIEG et ceux liés aux prestations de services fournies dans les secteurs définis en annexe, ainsi que les paramètres utilisés pour la répartition des coûts et des recettes, sont traités séparément dans la comptabilité interne du prestataire de services. Les coûts liés à des activités exercées en dehors du domaine du SIEG défini à l'article 1^{er} doivent couvrir tous les coûts directs, une contribution adéquate aux coûts communs et un rendement approprié du capital investi.

§ 2 - Le prestataire de services présente la comptabilité interne et les enregistrements détaillés relatifs au SIEG au Gouvernement ou à un tiers mandaté par ce dernier au moins tous les trois ans et après l'expiration du SIEG. Sur la base de ces enregistrements, le Gouvernement ou un tiers mandaté par ce dernier peut vérifier si les conditions requises pour la fourniture du SIEG sont remplies. Dans le cadre de ces enregistrements, les écarts par rapport au *business plan* doivent être expressément indiqués, documentés et motivés.

Le Ministre des Médias peut fixer la forme de ces enregistrements détaillés.

Art. 7. Contrôle

Le Gouvernement peut en tout temps faire contrôler le respect des dispositions prévues dans le décret et dans le présent arrêté, et ce, conformément à l'article 12 de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Art. 8. Récupération

Conformément à l'article 13, alinéa 1^{er}, de la même loi, le Gouvernement récupère des paiements octroyés lorsque :

- 1^o les conditions fixées pour l'octroi des compensations de service public n'ont pas été remplies;
- 2^o les compensations de service public ont été utilisées à d'autres fins;
- 3^o le contrôle prévu par le présent arrêté a été entravé ou empêché.

Conformément à l'article 13, alinéa 2, de la même loi, le bénéficiaire de la compensation de service public qui ne peut en prouver l'utilisation appropriée conformément à l'article 11 de la même loi rembourse la partie non justifiée.

Art. 9. Disponibilité des informations

Le Gouvernement conserve, pendant la durée du mandat visant à fournir le SIEG et pour une période de dix ans minimum après l'expiration du mandat, toutes les informations qui sont pertinentes pour le SIEG et sa compatibilité avec le droit européen.

Art. 10. Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 11. Exécution

Le Ministre des Médias est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 22 décembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

ANNEXE**Liste des adresses pour lesquelles il existe déjà un réseau à très haut débit ou une intention motivée par le secteur privé de mettre en place un réseau à très haut débit dans les trois prochaines années**

[voir fichier annexé]

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du Titre 5.1 du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques.

Eupen, le 22 décembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

VERTALING**MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

[2023/206290]

22 DECEMBER 2022. — Besluit van de Regering tot uitvoering van titel 5.1 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen

Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Gelet op het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, artikel 137.2, tweede lid, artikel 137.3, § 1, eerste lid, en § 2, derde lid, alsook artikel 137.4, § 1, derde lid, § 2, tweede lid, en § 3, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 20 december 2022;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 19 december 2022;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gerechtvaardigd wordt door het feit dat het project voor de gebiedsdekkende uitrol van een passieve FTTH-infrastructuur in de Duitstalige Gemeenschap gedeeltelijk gefinancierd wordt uit de herstel- en veerkrachtfaciliteit van de Europese Unie; dat de voltooiing van de uitrolwerkzaamheden tegen uiterlijk 31 december 2026 een voorwaarde is voor het verkrijgen van deze Europese middelen; dat daarom direct begin 2023 gestart moet worden met de uitrol van de passieve FTTH-infrastructuur, om te kunnen voldoen aan de Europese eisen; dat een vroegere afkondiging van het besluit niet mogelijk was doordat het ontbrak aan een decretale grondslag, die pas op 15 december 2022 in het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap afgekondigd werd; dat dit besluit nog in het lopende begrotingsjaar in werking moet treden, zodat er niet meer gewacht mag worden met de afkondiging ervan;

Overwegende dat de dienst van algemeen economisch belang (DAEB) overeenkomstig artikel 137.1, 2^o, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen tot doel heeft digitale fragmentering binnen de Duitstalige Gemeenschap te voorkomen door aansluiting van alle adressen in de Duitstalige Gemeenschap waarvoor er geen bewijs bestaat dat er een netwerk met zeer hoge capaciteit is noch een bewijs dat er plannen zijn uitgaande van de privésector om in de komende drie jaar een netwerk met zeer hoge capaciteit te creëren;

Overwegende dat op basis van een marktonderzoek dat werd uitgevoerd overeenkomstig de BEREC Guidelines on Geographical surveys of network deployments (BoR (20) 42) van 5 maart 2020 en de BEREC Guidelines on Very High Capacity Networks (BoR (20) 165) van 1 oktober 2020, alle adressen bepaald werden waarvoor al een netwerk met zeer hoge capaciteit bestaat of waarvoor er plannen zijn uitgaande van de privésector om in de komende drie jaar een netwerk met zeer hoge capaciteit te creëren;

Overwegende dat de DAEB dus betrekking heeft op alle adressen die niet genoemd werden in het vermelde marktonderzoek;

Overwegende dat de voorwaarden voor de toewijzing van de opdracht, die vastgelegd zijn in artikel 137.3 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, waarborgen dat de compensaties voor de openbare dienst geen staatssteun vormen in de zin van artikel 107, lid 1, VWEU, zoals uitgelegd door het Europees Hof van Justitie in het arrest-Altmark van 24 juli 2003 en in de Mededeling van de Europese Commissie betreffende de toepassing van de staatssteunregels van de Europese Unie op voor het verrichten van diensten van algemeen economisch belang verleende compensatie;

Overwegende dat, zelfs indien niet voldaan zou zijn aan een van de criteria die genoemd worden in het arrest-Altmark, de compensaties voor het verrichten van een DAEB verenigbaar zijn met artikel 107, lid 1, VWEU, als ze voldoen aan de voorwaarden die zijn vastgelegd in het Besluit van de Commissie van 20 december 2011 betreffende de toepassing van artikel 106, lid 2, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie op staatssteun in de vorm van compensatie voor de openbare dienst, verleend aan bepaalde met het beheer van diensten van algemeen economisch belang belaste ondernemingen;

Overwegende dat wanneer de dienstverlener voor een periode van meer dan tien jaar met het beheer van de DAEB belast wordt, dit besluit geldt voor zover de dienstverlener aanzienlijke investeringen moet doen die volgens de algemeen erkende boekhoudkundige beginselen over een langere periode afgeschreven moeten worden, zoals het geval is voor de DAEB bepaald in de artikelen 137.2 en 137.3 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen; dat de duur van 34 jaar, die bepaald is in artikel 137.3, § 1, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, gerechtvaardigd is gezien de tijd die nodig is voor de uitrol van het netwerk en de afschrijving door de dienstverlener;

Overwegende dat krachtens het arrest-Altmark en in het bijzonder krachtens het vierde criterium dat daarin genoemd wordt, dat betrekking heeft op de efficiëntie, de noodzakelijke compensatie bepaald moet worden op basis van de kosten die een gemiddelde, goed beheerde onderneming die afdoende met de nodige middelen uitgerust is, gemaakt zou hebben; dat artikel 137, § 1, 7^o, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen voorschrijft dat het businessplan dat ten grondslag ligt aan de uitrol van het FTTH-netwerk en op basis waarvan de noodzakelijke compensatie bepaald wordt, gebaseerd is op de kosten die een gemiddelde, goed beheerde onderneming gemaakt zou hebben, en bevestigd werd door een externe deskundige, en de kosten van de uitvoering van de openbare dienstverplichtingen, rekening houdende met de opbrengsten en een redelijke winst, niet overschrijdt;

Overwegende dat de Regering in dit verband het advies ingewonnen heeft van een externe deskundige en dat uit dit advies blijkt dat het businessplan van de dienstverlener voldoet aan hetgeen verwacht wordt van een efficiënte onderneming in de zin van het vierde criterium van het arrest-Altmark;

Overwegende dat aan de eis voldaan is doordat een geschikte berekeningsmethode toegepast wordt om de hoogte van de compensatie voor de DAEB te bepalen, in het bijzonder met betrekking tot de periode voor de berekening van de netto contante waarde, het aandeel van de restwaarde en de gebruikte disconteringsvoet;

Overwegende dat de combinatie van een voorafgaande raming van de kosten van de uitvoering van de openbare dienstverplichting voor de investeringsperiode, die niet langer mag zijn dan 34 jaar, en een mechanisme van regelmatige controles en controle achteraf, kan waarborgen dat het uiteindelijke subsidiebedrag zich beperkt tot het bedrag dat noodzakelijk is voor de verrichting van de DAEB.

Op de voordracht van de Minister van Media;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Toepassingsgebied

Het toepassingsgebied van de dienst van algemeen economisch belang (DAEB), vermeld in artikel 137.2 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, hierna: decreet, stemt overeen met het hele Duitse taalgebied, met uitzondering van de gebieden die in de bijlage genoemd worden.

Art. 2. Dienstverlener belast met het beheer van de DAEB

De dienstverlener die belast is met het beheer van de DAEB vermeld in artikel 1 is Glasfaser Ostbelgien bv.

Art. 3. Duur van de opdracht

De opdracht gaat in op 23 december 2022 en heeft een looptijd van maximaal 34 jaar.

Art. 4. Berekening van de compensaties

De Regering kent aan de dienstverlener een compensatie toe overeenkomstig artikel 137.4 van het decreet, die uitbetaald wordt gedurende de eerste drie jaar van de verrichting van de DAEB.

Het totale bedrag van de uitbetaalde compensaties stemt overeen met het bedrag dat op basis van de business case vermeld in artikel 137.3, § 1, tweede lid, 7^o, van het decreet als noodzakelijk aangemerkt werd, zodat de geschatte netto contante waarde van de kasstromen die terugvloeien naar de eigenaars, inclusief de compensaties, gedisconteerd naar het jaar 2022, neerkomt op een nulwaarde.

De compensaties worden berekend op basis van de volgende parameters en uitgangspunten:

1^o een redelijk rendement op eigen vermogen van 8,05% ;

2^o een eindwaarde die berekend werd als 22,3% van de investeringen voor de uitrol en de aansluitingen (CAPEX) gedurende de looptijd van de DAEB, en waarvoor in de oorspronkelijke business case 35.323.879 euro vooropgesteld werd; en

3^o de veronderstelling dat de investeringen voor het ontsluiten van nieuwe huishoudens en bedrijfsvestigingen in de Duitstalige Gemeenschap (CAPEX) voortgezet worden gedurende de looptijd van de DAEB.

Overeenkomstig artikel 137.4, § 1, tweede lid, van het decreet ontvangt de dienstverlener voor het verrichten van deze DAEB voor de totale looptijd van de DAEB een compensatie van maximaal 40 miljoen euro. Een eerste compensatie ten belope van 15 miljoen euro wordt nog voor 31 december 2022 uitbetaald aan de dienstverlener, die het bedrag echter pas mag gebruiken nadat de Europese Commissie de oprichting van Glasfaser Ostbelgien bv overeenkomstig de geldende mededingingsregels goedgekeurd heeft.

Art. 5. Terugvorderingsmechanisme

§ 1 - De totale compensatie voor de openbare dienst die aan de dienstverlener toegekend wordt, mag niet hoger zijn dan noodzakelijk om de nettokosten voor de verrichting van de DAEB plus een redelijke winst te dekken.

De hoogte van de eventuele overcompensatie wordt als volgt berekend: het uitgangspunt is de netto contante waarde van de werkelijke kasstromen, inclusief de uitbetaalde compensaties, gedurende de periode waarvoor de dienstverlener met het beheer van de DAEB belast is. Als eindwaarde wordt uitgegaan van een aandeel van 22,3% van de in de looptijd van de DAEB gedane investeringen in de uitrol van het netwerk en de aansluiting van bestaande en nieuwe huishoudens en bedrijfsvestigingen in de Duitstalige Gemeenschap (CAPEX). De kasstromen worden met een passend rendement op eigen vermogen van 8,05% gedisconteerd naar het jaar 2022.

§ 2 - Als stimulans voor een efficiënte bedrijfsvoering en op grond van zijn eigen financiële investeringen in de uitrol van het FTTH-netwerk en de exploitatie ervan kan de dienstverlener de eerste 10 miljoen euro van de in artikel 3 bepaalde compensatie voor de openbare dienst behouden. Van alle overschotten boven dat bedrag wordt 50% terugbetaald aan de Duitstalige Gemeenschap. De andere 50% kan de dienstverlener eveneens behouden.

Voor het terugvorderingsmechanisme wordt dienovereenkomstig de volgende berekeningsformule gebruikt: terug te vorderen bedrag = 50 * (netto contante waarde [achteraf bepaald, rekening houdend met de compensaties] bij een rendement op eigen vermogen van 8,05 - 10 miljoen euro)

§ 3 - Het bedrag dat als overcompensatie terugbetaald moet worden aan de Duitstalige Gemeenschap, is in ieder geval beperkt tot de waarde van de uitbetaalde compensatie.

Art. 6. Monitoring van de compensatie voor de DAEB

§ 1 - Overeenkomstig artikel 137.3, § 1, eerste lid, 10°, van het decreet worden de kosten en inkomsten die verband houden met de DAEB en de kosten en inkomsten die verband houden met diensten die verleend worden in de in de bijlage bepaalde gebieden, alsook de parameters voor de uitsplitsing van de kosten en de inkomsten, apart opgenomen in de interne boekhouding van de dienstverlener. De kosten die verband houden met activiteiten buiten het in artikel 1 gedefinieerde toepassingsgebied van de DAEB, moeten alle directe kosten, een redelijk aandeel in de gemeenschapselijke kosten en een redelijk rendement op kapitaal omvatten.

§ 2 - De dienstverlener legt minstens om de drie jaar en na afloop van de DAEB, de interne boekhouding en de gedetailleerde opgetekende gegevens met betrekking tot de DAEB voor aan de Regering of een door haar gemachtigde derde. Aan de hand van die opgetekende gegevens kan de Regering of een door haar gemachtigde derde controleren of voldaan is aan de voorwaarden voor de verrichting van een DAEB. In het kader van deze opgetekende gegevens moeten afwijkingen van het businessplan uitdrukkelijk benoemd, gedocumenteerd en gerechtvaardigd worden.

De Minister van Media kan de vorm van deze gedetailleerde opgetekende gegevens bepalen.

Art. 7. Controle

Overeenkomstig artikel 12 van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof, kan de Regering te allen tijde laten onderzoeken of de bepalingen van het decreet en dit besluit nageleefd worden.

Art. 8. Terugvordering

Overeenkomstig artikel 13, eerste lid, van dezelfde wet vordert de Regering toegekende uitbetalingen terug indien:

- 1° niet voldaan is aan de voorwaarden voor compensaties voor de openbare dienst;
- 2° compensaties voor de openbare dienst voor andere doeleinden werden gebruikt;
- 3° de in dit besluit bepaalde controle belemmerd of verhinderd werd.

De ontvanger van de compensatie voor de openbare dienst die niet kan verantwoorden dat de compensatie voor de openbare dienst werd aangewend voor de doeleinden waarvoor ze werd verleend overeenkomstig artikel 11 van dezelfde wet, betaalt het deel dat niet werd verantwoord, terug overeenkomstig artikel 13, tweede lid, van dezelfde wet.

Art. 9. Beschikbaarheid van informatie

Gedurende de periode waarvoor de dienstverlener met het beheer van de DAEB belast is, en nog minstens tien jaar daarna, bewaart de Regering alle informatie die van belang is voor de DAEB en de verenigbaarheid met het Europese recht.

Art. 10. Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 11. Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Media is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 22 december 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS

BIJLAGE

Lijst van de adressen waarvoor al een netwerk met zeer hoge capaciteit bestaat of waarvoor er plannen zijn uitgaande van de privésector om in de komende drie jaar een netwerk met zeer hoge capaciteit te creëren

[zie bijgevoegd bestand]

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot uitvoering van titel 5.1 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen

Eupen, 22 december 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

I. WEYKMANS